

Protokoll 150. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 5. April 2017, 17.00 Uhr bis 19.48 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Roger Bartholdi (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Anwesend: 120 Mitglieder

Abwesend: Dr. David Garcia Nuñez (AL), Andreas Kirstein (AL), Joe A. Manser (SP), Peter Schick (SVP), Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2017/59](#) * Weisung vom 22.03.2017: STP
Motion der SP-, FDP- und CVP-Fraktionen betreffend Kulturinstitutionen mit Subventionsverträgen über eine unbeschränkte Zeitdauer, Ergänzung der Verträge mit einer Bestimmung über eine Kürzung der Beiträge bei einem Bilanzfehlbetrag der Stadt, Bericht und Abschreibung
3. [2017/72](#) * Weisung vom 29.03.2017: FV
Liegenschaftsverwaltung, Landabgabe im Baurecht für eine Wohnsiedlung an der Obsthaldenstrasse, Quartier Affoltern, Genehmigung von zwei Baurechtsverträgen, Übertragung der baurechtsbelasteten Grundstücke ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit
4. [2017/64](#) * VIB
E Postulat von Roger Tognella (FDP) und Pablo Bünger (FDP) vom 22.03.2017:
Rahmenkredit für die Umsetzung von Stromspeichersystemen im Versorgungsnetz des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich
5. [2017/56](#) * VHB
** Interpellation der AL-Fraktion vom 15.03.2017:
Strategie für die Weiterentwicklung von drei SBB-Arealen entlang der Bahngleise in Aussersihl und Altstetten, Angaben zum Zeitpunkt und Inhalt der getroffenen Vereinbarungen, zu den städtischen Leistungen im Planungsprozess sowie zur vorgesehenen Mehrwertausgleichs-Regelung und den Kostenbeteiligungen der Grundeigentümer

- | | | | | |
|-----|--------------------------|---|--|------------|
| 6. | 2016/333 | | Weisung vom 05.10.2016:
Immobilien Stadt Zürich, Grundstück Mühleweg, Industriequartier, Neubau für die Kriminalabteilung der Stadtpolizei, Erhöhung Projektierungskredit, Mietverlängerung für Standort Zeughausstrasse 31 | VHB
VSI |
| 7. | 2017/65 | E | Postulat von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Guy Kraysenbühl (GLP) vom 22.03.2017:
Umzug der Kantonspolizei ins neue Polizei- und Justizzentrum (PJZ), Bericht über die räumlichen Auswirkungen und Umzugskosten bezüglich der gemeinsam mit der Stadtpolizei genutzten Polizeiinfrastruktur und den Strategieentwicklungen | VSI |
| 8. | 2017/66 | A | Postulat von Guy Kraysenbühl (GLP) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) vom 22.03.2017:
Zusammenschluss der Abteilungen der Stadt- und Kantonspolizei im Bereich der digitalen Forensik | VSI |
| 9. | 2017/67 | E | Postulat der AL-Fraktion vom 22.03.2017:
Standort- und Raumbedarfsstrategie der Stadtpolizei, Prüfung von Alternativen zum Standort an der Förrlibuckstrasse | VHB |
| 11. | 2016/379 | A | Postulat von Dorothea Frei (SP), Heinz Schatt (SVP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 02.11.2016:
Parkplätze im Bereich Winterthurer-/Bocklern-/Hüttenkopfstrasse in Schwamendingen, Beibehaltung des bestehenden Parkplatzregimes | VSI |
| 12. | 2016/388 | A | Postulat von Pascal Lamprecht (SP), Linda Bär (SP) und 15 Mitunterzeichnenden vom 09.11.2016:
Abbruch des Projekts zur Einführung der Bodycams bei der Stadtpolizei | VSI |
| 13. | 2016/390 | A | Postulat von Dr. Daniel Regli (SVP) und Thomas Schwendener (SVP) vom 09.11.2016:
Bewilligungsverfahren für Geschäfte und Durchsetzung von Verkehrs- und Parkierungsvorschriften, keine Bevorzugung für Geschäftsinhaber mit Migrationshintergrund | VSI |
| 15. | 2016/462 | A | Postulat von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 21.12.2016:
Verminderung des Suchverkehrs in der Blauen Zone durch Ausweitung der Geltungsbereiche der Parkkarten in die angrenzenden Stadtkreise | VSI |
| 16. | 2016/470 | A | Postulat von Hans Jörg Käppeli (SP), Markus Knauss (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 21.12.2016:
Einrichtung einer Tempo-30-Zone an der Furttalstrasse innerhalb des Siedlungsgebiets | VSI |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

2820. 2017/59

Weisung vom 22.03.2017:

Motion der SP-, FDP- und CVP-Fraktionen betreffend Kulturinstitutionen mit Subventionsverträgen über eine unbeschränkte Zeitdauer, Ergänzung der Verträge mit einer Bestimmung über eine Kürzung der Beiträge bei einem Bilanzfehlbetrag der Stadt, Bericht und Abschreibung

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 3. April 2017

2821. 2017/72

Weisung vom 29.03.2017:

Liegenschaftenverwaltung, Landabgabe im Baurecht für eine Wohnsiedlung an der Obsthaldenstrasse, Quartier Affoltern, Genehmigung von zwei Baurechtsverträgen, Übertragung der baurechtsbelasteten Grundstücke ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 3. April 2017

2822. 2017/64

Postulat von Roger Tognella (FDP) und Pablo Büniger (FDP) vom 22.03.2017:

Rahmenkredit für die Umsetzung von Stromspeichersystemen im Versorgungsnetz des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2823. 2017/56

**Interpellation der AL-Fraktion vom 15.03.2017:
Strategie für die Weiterentwicklung von drei SBB-Arealen entlang der Bahngleise in Aussersihl und Altstetten, Angaben zum Zeitpunkt und Inhalt der getroffenen Vereinbarungen, zu den städtischen Leistungen im Planungsprozess sowie zur vorgesehenen Mehrwertausgleichs-Regelung und den Kostenbeteiligungen der Grundeigentümer**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Walter Angst (AL) vom 29. März 2017 (vergleiche Beschluss-Nr. 2797/2017)

Die Dringlicherklärung wird von 68 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2824. 2016/333

**Weisung vom 05.10.2016:
Immobilien Stadt Zürich, Grundstück Mühleweg, Industriequartier, Neubau für die Kriminalabteilung der Stadtpolizei, Erhöhung Projektierungskredit, Mietverlängerung für Standort Zeughausstrasse 31**

Antrag des Stadtrats

1. Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag für den Neubau der Kriminalabteilung der Stadtpolizei auf dem Grundstück Mühleweg (Kat.-Nr. IQ6385), Industriequartier, wird der vom Stadtrat am 5. Oktober 2016 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 1 750 000.– um Fr. 6 750 000.– auf Fr. 8 500 000.– erhöht.
2. Immobilien Stadt Zürich wird ermächtigt, mit der Eigentümergemeinschaft die Vertragsverlängerung über Büro-, Lager-, Garagen- und Nebenräume sowie Parkplätze an der Zeughausstrasse 31, 8004 Zürich, über fünf Jahre, d. h. vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2023 zu einem jährlichen Nettomietzins von Fr. 1 395 192.– abzuschliessen (die Nebenkosten werden von der IMMO direkt beglichen). Immobilien Stadt Zürich hat das einseitige Recht, das Mietverhältnis unter Einhaltung einer Frist von mindestens zwei Jahren auf jedes Quartalsende, erstmals auf den 30. Juni 2022, zu kündigen. Die Miete ist indexiert und kann periodisch an die Änderungen des Landesindex der Konsumentenpreise zu 100 Prozent angepasst werden (Unterschreitung des Mietzinses ausgeschlossen).

Referent zur Vorstellung der Weisung: Stefan Urech (SVP)

Namens des Stadtrats nehmen die Vorsteher des Sicherheitsdepartements und des Hochbaudepartements Stellung.

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

1. Dem Gemeinderat ist nach der abgeschlossenen Planung des gesamten Hauptstandorts West (Mühleweg/Förrlibuck) erneut eine Weisung für einen Neubau am Mühleweg inklusive eines finanziellen Überblicks vorzulegen.
2. Dabei ist zu prüfen, ob der Neubau am Mühleweg nicht mit einer deutlich höheren Ausnützung realisiert werden soll. Ein spezielles Augenmerk ist auf die Planung der Erdgeschosse zu richten, damit alle in Zukunft nötigen Funktionen auch erfüllt werden können. Die einzelnen Schritte für die Umsetzung der «Standort- und Raumbedarfsstrategie 2016 | 2035 Stadtpolizei Zürich» sind dementsprechend anzupassen.

Mehrheit:	Stefan Urech (SVP), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Christoph Marty (SVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Heinz F. Steger (FDP), Reto Vogelbacher (CVP)
Minderheit:	Karin Rykart Sutter (Grüne) i. V. von Gabriele Kisker (Grüne), Referentin
Enthaltung:	Vizepräsident Patrick Hadi Huber (SP), Marco Denoth (SP), Dr. Mathias Egloff (SP), Ursula Näf (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 14 Stimmen (bei 37 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit:	Stefan Urech (SVP), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP), Vizepräsident Patrick Hadi Huber (SP), Marco Denoth (SP), Dr. Mathias Egloff (SP), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Christoph Marty (SVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Ursula Näf (SP), Heinz F. Steger (FDP), Reto Vogelbacher (CVP)
Minderheit:	Karin Rykart Sutter (Grüne) i. V. von Gabriele Kisker (Grüne), Referentin
Enthaltung:	Andrea Leitner Verhoeven (AL)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs.1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag für den Neubau der Kriminalabteilung der Stadtpolizei auf dem Grundstück Mühleweg (Kat.-Nr. IQ6385), Industriequartier, wird der vom Stadtrat am 5. Oktober 2016 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 1 750 000.– um Fr. 6 750 000.– auf Fr. 8 500 000.– erhöht.
2. Immobilien Stadt Zürich wird ermächtigt, mit der Eigentümergemeinschaft die Vertragsverlängerung über Büro-, Lager-, Garagen- und Nebenräume sowie Parkplätze an der Zeughausstrasse 31, 8004 Zürich, über fünf Jahre, d. h. vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2023 zu einem jährlichen Nettomietzins von Fr. 1 395 192.– abzuschliessen (die Nebenkosten werden von der IMMO direkt beglichen). Immobilien Stadt Zürich hat das einseitige Recht, das Mietverhältnis unter Einhaltung einer Frist von mindestens zwei Jahren auf jedes Quartalsende, erstmals auf den 30. Juni 2022, zu kündigen. Die Miete ist indexiert und kann periodisch an die Änderungen

des Landesindexes der Konsumentenpreise zu 100 Prozent angepasst werden (Unterschreitung des Mietzinses ausgeschlossen).

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 12. April 2017 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 11. Mai 2017)

2825. 2017/65

Postulat von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Guy Krayenbühl (GLP) vom 22.03.2017:

Umzug der Kantonspolizei ins neue Polizei- und Justizzentrum (PJZ), Bericht über die räumlichen Auswirkungen und Umzugskosten bezüglich der gemeinsam mit der Stadtpolizei genutzten Polizeiinfrastruktur und den Strategieentwicklungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2785/2017).

Derek Richter (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Das Postulat wird mit 72 gegen 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2826. 2017/66

Postulat von Guy Krayenbühl (GLP) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) vom 22.03.2017:

Zusammenschluss der Abteilungen der Stadt- und Kantonspolizei im Bereich der digitalen Forensik

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Guy Krayenbühl (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2786/2017).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 93 gegen 27 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2827. 2017/67**Postulat der AL-Fraktion vom 22.03.2017:
Standort- und Raumbedarfsstrategie der Stadtpolizei, Prüfung von Alternativen
zum Standort an der Förrlibuckstrasse**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2828. 2016/379**Postulat von Dorothea Frei (SP), Heinz Schatt (SVP) und 2 Mitunterzeichnenden
vom 02.11.2016:
Parkplätze im Bereich Winterthurer-/Bocklern-/Hüttenkopfstrasse in
Schwamendingen, Beibehaltung des bestehenden Parkplatzregimes**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Dorothea Frei (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2372/2016).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 92 gegen 25 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2829. 2016/388**Postulat von Pascal Lamprecht (SP), Linda Bär (SP) und 15 Mitunterzeichnenden
vom 09.11.2016:
Abbruch des Projekts zur Einführung der Bodycams bei der Stadtpolizei**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Pascal Lamprecht (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2393/2016) und zieht es zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

2830. 2016/390

Postulat von Dr. Daniel Regli (SVP) und Thomas Schwendener (SVP) vom 09.11.2016:

Bewilligungsverfahren für Geschäfte und Durchsetzung von Verkehrs- und Parkierungsvorschriften, keine Bevorzugung für Geschäftsinhaber mit Migrationshintergrund

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Dr. Daniel Regli (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2395/2016).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 20 gegen 99 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

2831. 2016/462

Postulat von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 21.12.2016:

Verminderung des Suchverkehrs in der Blauen Zone durch Ausweitung der Geltungsbereiche der Parkkarten in die angrenzenden Stadtkreise

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2561/2016).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 26 gegen 91 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

2832. 2016/470

Postulat von Hans Jörg Käppeli (SP), Markus Knauss (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 21.12.2016:

Einrichtung einer Tempo-30-Zone an der Furttalstrasse innerhalb des Siedlungsgebiets

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Hans Jörg Käppeli (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2578/2016).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 67 gegen 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2833. 2017/88

Interpellation der SVP-, FDP- und CVP-Fraktion vom 05.04.2017: Ehemalige Mieterinnen und Mieter in den «Gammelhäusern», Angaben zu den Personen, dem Aufenthaltsstatus, zu den Mieten und zur Höhe der ausgerichteten Sozialhilfe sowie zu deren Wohnsituation nach der Räumung

Von der SVP-, FDP- und CVP-Fraktion ist am 5. April 2017 folgende Interpellation eingereicht worden:

Unter dem Begriff „Gammelhäuser“ wurde in der Stadt Zürich einer breiten Öffentlichkeit bekannt, dass es am untersten Ende unserer Gesellschaft Mieter gibt, die gezielt ausgenutzt werden und unter erbärmlichen Umständen leben müssen. Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, welche Rolle dabei die Unterstützung der Stadt spielt und inwiefern diese das fördert:

1. Wie viele Personen haben vor Beginn der Räumung der „Gammelhäuser“ dort gewohnt?
2. Wie viele Personen davon waren Schweizer und wieviele waren Ausländer (gegliedert nach Aufenthaltsstatus)?
3. Wie viele Personen wurden durch die Sozialen Dienste unterstützt?
4. Wie hoch war die monatliche Sozialhilfe, die gesamthaft an Personen in den Gammelhäusern geleistet wurde?
5. Wie hoch waren vor der Räumung die Mieten angesetzt (höchste Miete, tiefste Miete und Durchschnitt)? Wie hoch waren die gesamten monatlichen Mieterträge?
6. Wie viele Personen waren den letzten 5 Jahren in den Gammelhäusern gemeldet? Wie viele von diesen wurden durch die Sozialen Dienste unterstützt?
7. Es heisst, dass nach der Räumung alle Personen, die in den Gammelhäusern wohnten, eine neue Unterkunft fanden. Wie viele Personen kamen in einer städtischen Wohnung, einer Wohnung einer Genossenschaft oder einer gemeinnützigen Stiftung unter?
8. Werden die damals in den Gammelhäusern wohnenden Personen bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche gegenüber ihrem ehemaligen Vermieter unterstützt? Wenn ja, wie? Und welche städtischen Dienststellen waren daran beteiligt?
9. Wäre es in einem System der sog. „Objekthilfe“ auch zu so prekären Umständen gekommen?

Mitteilung an den Stadtrat

Die Interpellation wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

2834. 2017/89**Schriftliche Anfrage von Martin Götzl (SVP) und Roberto Bertozzi (SVP) vom 05.04.2017:****Unterbringung von Asylbewerbenden in der Messehalle 9 in Oerlikon, Regelungen und Durchsetzung der Hausordnung, Art der finanziellen und materiellen Unterstützung sowie negative Feststellungen und Vorfälle rund um den Marktplatz**

Von Martin Götzl (SVP) und Roberto Bertozzi (SVP) ist am 5. April 2017 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Seit Januar 2016 leben rund 250 Asylbewerber/-innen in der Messehalle 9 in Oerlikon. Im Vorfeld der Eröffnung der Messehalle 9 als Asylunterkunft wurden vom AOZ Informationsveranstaltungen für die Medien und interessierte Anwohner/-innen durchgeführt. In diesen Veranstaltungen informierte die AOZ, dass diese Unterkunft insbesondere für Familien und Kinder aus den Kriegsgebieten von Syrien, Afghanistan und auch für einige Asylbewerber aus Eritrea benötigt und benutzt werde. In der Zwischenzeit waren sowohl vom Stadtrat und auch medial einige Berichte zu vernehmen, die auf einen reibungsarmen Betrieb der Messehalle 9 deuten lassen. Über allfällige unerwünschte Erscheinungen ist und war offiziell und medial wenig zu vernehmen.

Hinweise aus der Bevölkerung vermelden jedoch auch Besorgnis und Gründe zum Unverständnis und Ärger. Die aktuellen und zunehmenden Hinweise berichten insbesondere über junge Eritreer, welche in den Abendstunden und insbesondere auf dem Marktplatz auffallen. Vermehrt sind dort grössere Gruppen anzutreffen, die mit beträchtlichen und verschiedenen Alkoholgetränken ihre Zeit verbringen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen.

1. Wie viele Asylbewerber/-innen bewohnten per 31. März 2017 die Messehalle 9? Bitte um detaillierte Auflistung nach Herkunftsland, Alter und Geschlecht.
2. Welche internen Regeln des Zusammenlebens werden den Bewohner/-innen der Messehalle 9 mitgeteilt? Welche Regeln gelten für die Nachtstunden? Mit welchen Verbindlichkeiten und mit welchen möglichen Konsequenzen bei einer Nichteinhaltung sind diese verbunden?
3. Wie sind die Ein- und Austrittskontrollen in der Messehalle 9 organisiert? Wer führt diese durch? Wie wird sichergestellt, dass sich alle Bewohner an die Regeln halten? Welche Konsequenzen entstehen bei Nichteinhaltung der Zimmerstunde bzw. Nicht-Rückkehr in die Unterkunft über Nacht?
4. Ist jederzeit gewährleistet, dass sich in der Messehalle 9 nur berechnete Personen aufhalten? Wenn ja, wie wird dies sichergestellt? Bitte um eine detaillierte Auflistung der Massnahmen.
5. Welche Geldbeträge erhalten die Asylbewerber/-innen von der AOZ und in welcher Form ausbezahlt (Barauszahlung, Kreditkarte, Bon etc.)? In welcher Kadenz werden die Beträge ausbezahlt (täglich, wöchentlich, monatlich)? Nach welchen gesetzlichen Richtlinien richten sich diese aus?
6. Gibt es auch Leistungen welche nicht finanziell, sondern materiell geleistet werden? Wenn ja, welche?
7. Wenn Frage 6 mit nein beantwortet wurde, wie schätzt der Stadtrat eine materielle anstelle einer finanziellen Abgabe ein?
8. Wie ist die Einschätzung vom Stadtrat bezüglich längeren Gruppenaufhalten von Asylbewerbern mit Alkoholkonsum auf dem Marktplatz, sowohl in den Abend- als auch in den Nachtstunden?
9. Welche Massnahmen sind aus Sicht der Prävention im Zusammenhang mit übermässigem Alkohol- und Drogenkonsum der Asylbewerber sowie im Zusammenhang mit Straftaten ergriffen worden? Bitte um eine detaillierte Auflistung.
10. Wurden Rayonverbote auf den Marktplatz durch die Stadtpolizei Zürich aufgrund von Nichteinhaltung der öffentlichen Ordnung durch Asylbewerber ausgesprochen? Wenn ja, wie viele?
11. Werden Patrouillen auf den Marktplatz in Oerlikon, um die Messehalle 9 und anderen exponierten Stellen im Auftrag der AOZ, zum Beispiel durch die SIP, durchgeführt? Wenn ja, mit welchem Resultat? Wenn nein, warum nicht?
12. Wie ist die Einschätzung des Stadtrats bezüglich grösseren Gruppen, welche mehrere Stunden und beobachtend u. a. im Einkaufszentrum Neumarkt verweilen?
13. Welche unerwünschten Vorfälle ereigneten sich seit 1. Januar 2016 in der Messehalle 9? Wie viele Polizeieinsätze waren in der Messehalle 9 deswegen erforderlich? Bitte um detaillierte Auflistung nach der Ursache.
14. Wie viele Klagen aus der Bevölkerung sind seit 1. Januar 2016 bei der Polizei eingegangen? Bitte um detaillierte Auflistung nach Datum und Beanstandung.
15. Wurden Delikte im Zusammenhang mit Drogen registriert? Wenn ja, welche und wie viele?
16. Wurden Delikte im Zusammenhang mit Diebstahl registriert? Wenn ja, welche und wie viele?

17. Wurden Delikte im Zusammenhang mit sexueller Belästigung registriert? Wenn ja, welche und wie viele?
18. Wurden Delikte im Zusammenhang mit körperlicher Gewalt registriert? Wenn ja, welcher Art und wie viele?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

2835. 2016/304

**Weisung vom 14.09.2016:
Stadtspital Waid, Operationsabteilung, Instandsetzung und Erweiterungsbau,
Projektierungskredit**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 8. Februar 2017 ist am 16. März 2017 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 12. April 2017.

2836. 2016/374

**Weisung vom 02.11.2016:
Pflegezentren der Stadt Zürich, Pflegewohngruppen, Schaffung von zwei Pflege-
wohngruppen Brunnenpark für an Demenz erkrankte, mobile Menschen, Objekt-
kredit und Mietvertrag**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 8. Februar 2017 ist am 16. März 2017 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 12. April 2017.

Nächste Sitzung: 12. April 2017, 17 Uhr.